

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verständlich: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25841
Aus der Nachrichtenredaktion: Nr. 20011
Schlüsselnummer u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - K. 1., Karlsruherstraße 28/48

Wochenpreis vom 16. bis 21. Januar 1930 bei wöchentlichem Bestellen fünf Mark 1,70 RM.
Wochenpreis für Einzelhefte für Januar 1,40 RM. (einschl. 20 Pf. Postgebühr (ohne Postumschlaggebühren)).
Abonnementpreis für sechs Monate 8,40 RM. (einschl. 20 Pf. Postgebühr). Die Abonnementpreise werden nach
Wahlzeit berechnet: die einpaltige 20 mm breite Seite 20 Pf., für auswärtig 40 Pf., Familien-
abonnenten und Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 35 Pf., die 20 mm breite Reklameweile
200 Pf., außerhalb 250 Pf., Offertengebühren 30 Pf., Kundenzugabe gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Neptis & Reichardt,
Dresden, Volkshochsch.-Str. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresdn. Nachr.) zulässig, Unberichtigte
Schulbücher werden nicht aufbewahrt

Blutige Kommunistenunruhen bei Chemnitz

Bier Tote bei einem Angriff auf die Polizei

Verhängnisvolle Folgen

Kommunistischer Verheerung

Drahtbericht unseres Chemnitzer Korrespondenten

Chemnitz, 15. Jan. Am Mittwochmittag kam es im benachbarten Hartmannsdorf zu einem folgenschweren Zusammenstoß zwischen einem Demonstrationzug von Kommunisten und der Polizei. Da die Polizeimannschaft durch die etwa 1000 Mann stark anrückenden Demonstranten durch Steinwürfe bombardiert und auch sonst auf das Schwerste bedrängt wurde, sah sie sich gezwungen, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Nach den bisherigen Feststellungen wurden 4 Demonstranten getötet und 15 verletzt, darunter 5 schwer. Elf Polizisten wurden durch Steinwürfe verwundet.

Wie zu den Hartmannsdorfer Unruhen ergänzend berichtet wird, war die vor der Fabrik „Reccia“ versammelte Menge derartig aufgepuscht, daß selbst die eigenen Ordner keinen Einfluß auf die Massen mehr hatten. Aus der Menge wurden Steine nach der Fabrik geworfen, in der sich auch eine Abteilung Polizei befand. Da die Kommunisten die Steinwürfe fortsetzten, schreie die Polizei die Tore. Sofort fürmte die Menge an die Polizeibeamten ein und schlug die Führer der Abteilung mit Patten nieder. Die Beamten zogen sich zunächst zurück. Da aber in dem Moment erneut ein Steinhaapel nach der Fabrik einsetzte, ging die Polizei mit Gummiknüppeln vor. Die kommunistische Menge fiel mit Steinen und Patten über die kleine Abteilung der Beamten her, die keine Karabiner bei sich tragen und sich schließlich gezwungen sahen, den Revolver zu ziehen und Schüsse auf die tobende Menge abzugeben.

Ueber die Ursachen ist noch zu berichten, daß die Wirt- und Webwarenfabrik Reccia, die mit einer Belegschaft von 200 Mann in erster Linie Kammgarn verarbeitet und das Zweigwerk einer großen englischen Textilgesellschaft ist, eine Lohnkürzung ankündigt, von der der große Teil der Belegschaft betroffen werden sollte. Letztere beantwortete die Ankündigung damit, daß sie ohne Einhaltung der tarifmäßigen Kündigung in den Streik trat. Durch diesen Tarifbruch hat die Firma Schaden erlitten und sich an den Verband der Arbeitgeber der sächsischen Textilindustrie gewandt. Die Folge war, daß gegen 180 Textilarbeiter eine Schadensersatzklage

bei dem Arbeitsgericht Burgstädt anhängig gemacht wurde. Die Verhandlungen sollten heute Mittwoch vormittags 9 Uhr

im großen Saale des Gasthauses in der Kronprinzenstraße in Groß-Hartmannsdorf stattfinden. Aus diesem Anlaß waren am Vormittag die Kommunisten, offenbar auf eine bestimmte Order hin, aus der gesamten Umgebung, besonders aus Chemnitz, Limbach, Oberfrohna, ja sogar aus dem Zugsan-Lösener Kohlengebiet, nach Hartmannsdorf geeilt. Da die Polizei verpflichtet ist, Fabriken und sonstige Anwesen vor Angriffen zu schützen, wurde schon am frühen Vormittag ein Polizeikommando mit 20 Mann nach Hartmannsdorf geschickt, das späterhin noch um zehn Mann verstärkt wurde.

Nach dem in den letzten Abendstunden herausgegebenen Bericht des Polizeipräsidenten hatte der Führer des Polizeikommandos zum Schutze des bedrohten Fabrikgebäudes vor den vorüberziehenden Demonstranten längs dem Fabrikhaufe eine Sperre aufgestellt. Diese war kaum gebildet, als sich etwa zehn Zugelnehmer, darunter eine Frauensperson, auf den Führer des Kommandos stürzte.

Die Frau würgte ihn am Hals, während die anderen ihn mit Faustschlägen schlugen, niedertritten und ihm die Pistole aus der Tasche zu entreißen versuchten. Es gelang den übrigen Beamten, ihren Führer zu befreien. Nach längerem schweren Kampfe ist dann der Versuch zum Feuer erst in der größten Notwehr gegeben worden, als die im Laufschrift nachdrängende, bewaffnete Menge den unter einem großen Steinhaapel zurückweichenden Polizeibeamten bereits bis auf zehn Schritte nahegekommen war. Als die ersten Schüsse, die in der Haupt- nahe Schreie waren, die Menge von dem weiteren Vordringen nicht abließ, wurden weitere Schüsse abgegeben, die die Anführer erst in dem Augenblicke zum Zurückweichen veranlaßten,

als eine Person mitten auf der Straße getroffen niederkam.

Als die Menge hierauf flüchtete, wurde das Feuer sofort eingestellt. Durch Steinwürfe und Zuschlagen mit Holzknütteln sind elf Polizeibeamte verletzt worden. Die Knüttel waren mit 4 Zentimeter herausragenden, starken Nägeln versehen.

Der in Hartmannsdorf vor der Fabrik Getötete ist der 26jährige Schieferdecker Thomas aus Röhrsdorf. Im Limbacher Krankenhaus verstarb der 23jährige Metallarbeiter Friedrich Richard Kröger, der in Limbach wohnhaft ist und aus Dresden stammt. Die Personalien der beiden anderen Toten konnten bisher noch nicht einwandfrei festgestellt werden.

Im Anschluß an die Hartmannsdorfer Unruhen veranfaßten die Kommunisten in Chemnitz am Mittwochabend auf dem Theaterplatz eine Protestkundgebung, bei der die Schuld an den bedauerlichen Hartmannsdorfer Vorgängen selbstverständlich der Polizei in die Schuhe geschoben wurde, die die friedlichen Arbeiter provoziert haben sollte. Es waren jedoch nur einige wenige hundert, meist jugendliche Demonstranten erschienen, deren Gemüther der bald einsetzende Regen wesentlich abkühlte, so daß es zu ernstern Zusammenstößen nicht kam.

Am Dresdens Volkshochschule

Von C. Garatzsch, Dresden.

Eine der hoffnungsvollsten und begründetsten Ergebnisse des deutschen Kulturlebens der Nachkriegszeit war das fast übermächtig hervortretende Bildungsstreben in den breiten Volksmassen. Was in Einrichtungen wie den Volksbibliotheken, Singakademien und Theatervereinigungen nach Art des Bühnenvolksbundes und des Vereins Volkshochschule seinen Ausdruck fand — mochten diese Einrichtungen erst geschaffen werden oder, als schon vorhandene, verdoppelten Zuspruch finden —, das war geeignet, wie eine Verfestigung des Gedankens einer Volksgemeinschaft zu wirken. Denn bei einem Volke von der Eigenart des deutschen mit seinen etwas zu kurz gekommenen natürlichen Impulsen des Gemeingefühls ist einmal der Weg über den Geist, ist die Verelnerung des Willens die einzige Möglichkeit, zur bewußten Einheit auch des Gefühls, zum Zusammengehen in Not und Tod zu kommen. Es ist oft gesagt worden, daß eine größere Gemeinsamkeit des Willens auch die Gemeinsamkeit des Empfindens unter uns bedingen würde. Eben in diesem Sinne ist es möglich, daß ich heute vor 122 Jahren von der Notwendigkeit gesprochen hat, eine neue deutsche Bildung geradezu zu organisieren. In den Volkshochschulen hat dieser Gedanke dann Frucht getragen.

Auch in Dresden, wo 1919, der Anregung des damaligen Professors an der Technischen Hochschule Karl Reuschel zufolge, der Verein Dresdener Volkshochschule begründet wurde. Ein Mann von großem und herlichem Willen, ein Freund des Volkes im echten Sinne, stand mit Reuschel an der Spitze des neuen Unternehmens. Ihm war dies Werk, an dem er mit ganzer Seele und in tiefer Uneigennützigkeit hing, ein Dienst an seiner Nation. Schwer empfand der treue Mann den Niederschlag Deutschlands, schwerer die innere Zerrissenheit, die dazu geführt hatte. Da war es ihm Herzenspflicht, an seinem Teile mitzuschaffen am Wiederaufbau. Aus der natürlichen Grundlage in jedem Menschen heraus, vom Wissen um Heimat und Volkstum her, wollte er in den Besuchern, die er sich vornehmlich aus den ärmeren Volksschichten erhoffte, die rechte Voraussetzung zur Erlangung auch des abstraktesten Wissens begründen. Aber rasch wurde dieser Wille gelähmt. Reuschel hatte mit der Vorurteilslosigkeit des Gelehrten allen Richtungen Einfluß in sein Unternehmen gewährt; getragen vom Schwunge des eigenen reinen Willens, stand er da eines Tages verblüfft, fassungslos der Tatsache gegenüber, daß in der Polyphonie der Instrumente plötzlich ein neuer, fremder Klang aufsteht; mit jäher Energie schoben sich Kräfte in den Vordergrund, die hier ein Mittel zu parteipolitischen Wirkungen erkannten. Der Sozialistenflugel im Lehr- und Hörsprecher erschien mit rohem Vorstoß auf der Hauptversammlung im Frühjahr 1920 im Vordergrund. An der Spitze standen der durch die Münchner Räterepublik und das Sozialisierungsprogramm Reuschels bekannte Dresdener Schriftsteller W. Schumann und der Leiter der Volkshochschule nach Reuschels Rücktritt, Dr. Franz Wockauer. Beide Herren sind bis zum heutigen Tage in leitenden Stellungen der Volkshochschule tätig.

Mit einer Folgerichtigkeit, die man wegen ihrer Beharrlichkeit bewundern kann, haben die strengen sozialistischen Kreise innerhalb der Volkshochschule in den rund neun Jahren, die unter ihrer Vorherrschaft verstrichen sind, den Grundgedanken in sein Gegenteil verkehrt und den Ausbau der Volkshochschule zu einem Unternehmen durchgeführt, das heute nahezu rein ist von unsozialistischen Einflüssen, soweit maßgebliche Stellen in Betracht kommen und soweit die Besetzung des einen oder anderen Nichtsozialisten nicht aus Zweckmäßigkeitsgründen gebildet worden ist. Von 55 Lehrkräften, die das Verzeichnis der Lehrgänge für den Zeitraum Oktober bis Dezember 1929 anführt, sind nicht weniger als etwa 28 ausgesprochene Sozialisten. Im sogenannten Arbeitsausschuß sitzen zuverlässig unter 15 Angehörigen mehr als dreizehn sozialistische, darunter Persönlichkeiten wie der schon genannte Wolfgang Schumann, Ministerialdirektor a. D., Dr. Freund, der bekannte Politiker aus der Zeit Seigners, Ministerialrat Dr. Kayhahn und Frau Nöhle-Berke, die Gattin des in Revolutionstagen vielgenannten Radikalführers Nöhle. Ähnlich ist der Gesamtvorstand, des Vereins Volkshochschule zusammengesetzt. Neben dem Hauptleiter, dem schon genannten Dr. Franz Wockauer, stehen verschiedene hauptamtlich angestellte Leiter von Fachabteilungen bzw. sie sollen dort hin gestellt werden. Zur Entlastung des Hauptleiters ist vor geraumer Zeit als „Assistent“ der Eisenhauer Pawlowitz herangezogen worden.

Zähllich hat die Volkshochschule, die für den Besuch ihrer Lehrgänge und für die Benützung ihrer Ausbildungsrichtungen nur geringe Beiträge erhebt, dabei namhafte Zuschüsse von der Stadt erhalten, die die Höhe von 75 000 Reichsmark erreichten und, wenn wir recht berichtet sind, 1930 immerhin rund 50 000 Reichsmark betragen sollen. Es ist ja eine Eigentümlichkeit des Denkens bürgerlicher Kreise, die schon oft gerügt worden ist, daß die Bedeutung von geistigen Einrichtungen zu großem Unheil, allen Erfahrungen zum Trotz,

Ein unannehmbares Sanktionsabkommen

Die deutsche Delegation ist zufrieden

Drahtbericht unseres nach dem Haag entsandten Sonderberichterstatters

Im Haag, 15. Jan. Soeben werden die Texte der Sanktionsregelung bekannt, über die man sich nun auch im Kreise der sechs „Gealliierten“ hat. (Wortlaut siehe auf Seite 2!) Die Streitpunkte sind nun sämtlich erledigt bis auf die Mobilisierungsfrage und den Punkt der „Quadranten der Vergangenheit“. Diese Reste hofft man morgen noch völlig klären zu können. Innerhalb der deutschen Delegation wird diese Regelung als durchaus befriedigend bezeichnet. Sanktionen kämen praktisch nicht mehr in Frage. In Fortfall gekommen seien sowohl die Befugnisse der Reparationskommission hinsichtlich etwaiger Sanktionen, wie die konkreten Sanktionsmaßnahmen gemäß Artikel 480. Es gebe also weder die alte Projektur, noch die festgelegten Sanktionsmaßnahmen. Man könne deshalb sagen, das Sanktionsrecht des Versailler Vertrages sei beseitigt. Selbst nach einem Schuldspruch des Haager Gerichtshofes sei von uns schließlich „nur“ Handlungsfreiheit der Gegenseite und kein bestimmtes Sanktionsrecht anerkannt. Dies hätten wir uns strikt geweiht, weiter zu gehen.

Die wahre Bedeutung Soweit die offizielle Stellungnahme, die, wie am Schluß der Konferenz, die angeblichen Vorteile und Errungenschaften des Abkommens einseitig beleuchtet und über die schwersten prinzipiellen und tatsächlichen Bedenken hinwegleitet. Zunächst muß ganz klar gesagt werden, daß der französische Text, wie wir schon früher melden konnten, den sogenannten „extremen Fall“, der nach Anerkennung durch den Haager

Gerichtshof alle Sicherheiten des Youngplans aufhebt und dem Gegner volle Handlungsfreiheit gibt, wesentlich anders, und zwar viel zweideutiger definiert. Es heißt da: „Alle, die den Willen erkennen lassen (französisch: ... sont apparaitre), den Vertrag zu zerstören (détruire)“. Das ist ein großer Unterschied. Also schon der entscheidende Eindruck dieses Willens kann hier genügen, d. h. das unzählige Grenzfälle hier mit Veltigkeit konstruiert werden können. Es kommt hinzu, daß das Wort „détruire“ nicht nur weniger besagt und leichter auslegbar ist, als das deutsche Wort „zerstören“, sondern daß die französische Presse auch schon ganz früh die französische Auslegung dahin definiert, daß Deutschland seinen Willen zur Zerstörung seines Planes auch dadurch zeigen könne, daß es sich seinen Tributverpflichtungen „entzieht“. Die Auslegungen sangen also schon jetzt an. Die verschiedenen Texte lassen im übrigen ganz klar erkennen, daß eben ganz verschiedene Absichten verfolgt wurden, und daß es im Grunde nicht gelungen ist, die Meinungen und Interessensverhältnisse auszugleichen.

Man hat den tiefen Graben teilweise zugebedt, ihn aber nicht ausgefüllt. Für uns bleibt es entscheidend, daß das Sanktionsrecht nicht tatsächlich beseitigt wurde. Geradezu ungeheuerlich aber ist der vorletzte Satz der deutschen Erklärung, wonach Deutschland nicht nur bekräftigt, daß der Gegner nach einem Haager Spruch ihre Handlungsfreiheit wiedererhalten, sondern in dem wir gleichzeitig im voraus Maßnahmen zur Erzwingung unserer Tributzahlungen als berechtigt anerkennen.

Das ist kaum weniger als die alte Bestimmung des Versailler Vertrages, wonach wir die dort vorgesehene Sanktionsmaßnahmen nicht als feindliche Akte ansehen dürfen. Im Grunde soll dieser Satz auch nichts anderes als die verschleierte Rückkehr zu dieser demütigenden Bestimmung sein, verhängt noch durch das ganz unglückliche Zugeständnis, daß jeder unserer Gegner in Zukunft auch alle in hundert Jahren